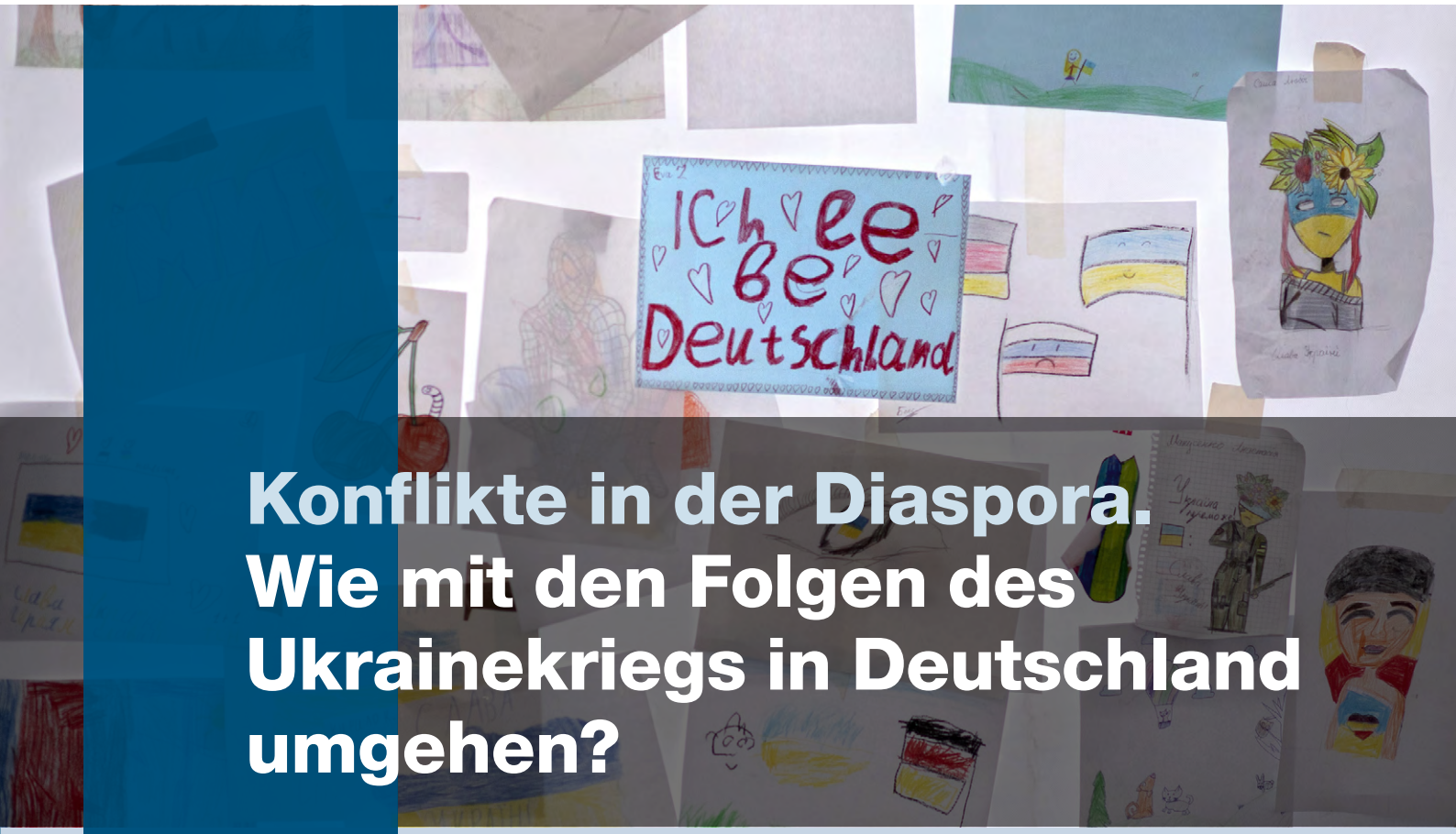
IFSH
Institut für Friedensforschung
und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg



Konflikte in der Diaspora. Wie mit den Folgen des Ukrainekriegs in Deutschland umgehen?

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine belastet Beziehungen innerhalb und zwischen ukrainischen und russisch(sprachig)en Diasporagemeinschaften in Deutschland und stellt Politik und Gesellschaft vor neue Herausforderungen. Viele dieser Konfliktdynamiken bleiben für Öffentlichkeit und Politik weitgehend unsichtbar, obwohl sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt langfristig schwächen können. Um Spannungen abzubauen, sollten politische und gesellschaftliche Entscheidungsträger:innen:

- Ausgrenzungserfahrungen russisch(sprachig)er Migrant:innen ernst nehmen, ihr Zugehörigkeitsgefühl stärken und exkludierenden Diskursen entgegenwirken,
- ukrainischen Geflüchteten durch verlässliche Perspektiven und weniger Bürokratie nachhaltige Teilhabe ermöglichen, sowie
- gruppenübergreifende Solidarität stärken und gemeinsam mit Betroffenen informelle Räume für Begegnung schaffen.

02|26

CHRISTIAN FRÖHLICH, REGINA HELLER | 2026

Für Migrant:innen mit Bezügen zur Ukraine oder zu Russland ist der russische Angriffskrieg Teil ihres Alltags in Deutschland geworden. Er belastet Beziehungen in Familien, Freundeskreisen und am Arbeitsplatz und führt zu Erfahrungen von Ausgrenzung, Stigmatisierung und Verlust. Dies kann den gesellschaftlichen Zusammenhalt langfristig schwächen. Zugleich bestehen jenseits der öffentlichen Aufmerksamkeit gruppenübergreifende Solidaritätsnetzwerke, die Spaltungen überwinden und gegenseitiges Vertrauen stärken. Um die Folgen des Krieges abzumildern, sollten Politik und Gesellschaft exkludierenden Diskursen entgegenwirken, Zukunftsperspektiven schaffen und bestehende Solidaritätsnetzwerke stärken.

AUSWIRKUNGEN DES UKRAINEKRIEGS IN DEUTSCHLAND

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine wirkt weit über das Kriegsgebiet hinaus. In Deutschland belastet er insbesondere das Zusammenleben innerhalb und zwischen ukrainischen und russisch(sprachig)en Diasporagemeinschaften. Beziehungen geraten unter Druck, Vertrauen geht verloren und gesellschaftliche Spannungen nehmen zu.

Die Konflikte werden dabei nicht einfach aus den Herkunftsländern übernommen. Durch lokale Erfahrungen, politische Debatten und gesellschaftliche Rahmenbedingungen verändern sie sich im deutschen Kontext. Während die öffentliche Aufmerksamkeit vor allem sichtbaren Konfliktformen wie Demonstrationen oder politischer Mobilisierung gilt, bleiben die Folgen im Alltag häufig unbeachtet: der Abbruch persönlicher Beziehungen, gegenseitige Stigmatisierung sowie verbale und symbolische Ausgrenzung.[1]

Gerade diese oft verborgenen Konflikte können den gesellschaftlichen Zusammenhalt langfristig schwächen, weil sie politisches Vertrauen und das Gefühl von Handlungsfähigkeit untergraben. Sie verdienen daher politische und gesellschaftliche Aufmerksamkeit.

„DER KRIEG IN DER UKRAINE WIRD UNMITTELBAR IM ALLTAG ERLEBT."

ALLTAG UNTER DRUCK

Um die gesellschaftlichen Folgen des Krieges in Deutschland besser zu verstehen, lohnt sich der Blick auf die Lebensrealitäten der Betroffenen: In Deutschland leben rund fünf Millionen Menschen mit Bezügen zu Russland, zur Ukraine und zu den Staaten der ehemaligen Sowjetunion.[2] Dazu zählen sowohl seit 2022 Zugewanderte als auch Menschen, die schon länger in Deutschland leben. Viele von ihnen sind durch familiäre, soziale oder berufliche Netzwerke eng miteinander verbunden. Sie reichen häufig über nationale und ethnische Grenzen hinweg. Russisch dient vielen als gemeinsame Alltagssprache.

Diese Verflechtungen machten Mehrfachzugehörigkeiten lange selbstverständlich. Seit Beginn des Krieges stehen jedoch viele dieser Beziehungen unter Druck. Unterschiedliche Wahrnehmungen des Krieges, politische Positionierungen und persönliche Betroffenheit führen zu Spannungen innerhalb von Familien, Freundeskreisen und Gemeinschaften. Unsere empirische Forschung zum Alltag der Betroffenen zeigt: Der Krieg wird nicht nur aus der Ferne verfolgt, sondern auch unmittelbar im Alltag erlebt.

AUSGRENZUNGSERFAHRUNG ERNST NEHMEN

Seit Beginn des Ukrainekriegs erleben viele russisch-(sprachig)e Migrant:innen in Deutschland Stigmatisierung. Obwohl sich viele von ihnen gegen den Krieg

und das politische Regime in Russland positionieren, berichten sie von abweisendem Verhalten in Behörden, Mobbing und Anfeindungen in Schulen, dem Abbruch von persönlichen Beziehungen sowie pauschalisierenden öffentlichen Debatten. Viele haben den Eindruck, aufgrund ihrer Sprache oder Herkunft kollektiv für das Handeln des russischen Staates verantwortlich gemacht oder mit Befürwortern des Krieges gleichgesetzt zu werden.

Besonders belastend ist dies für Menschen, die seit vielen Jahren in Deutschland leben, hier verwurzelt sind und sich als Teil dieser Gesellschaft verstehen. Werden Ausgrenzungserfahrungen ignoriert, kann dies das Vertrauen in staatliche Institutionen schwächen und die Anfälligkeit für russische Propaganda erhöhen, die genau solche Erfahrungen gezielt aufgreift und instrumentalisiert.

Politik und Öffentlichkeit sollten russisch(sprachig)e Migrant:innen daher nicht unter Generalverdacht stellen, sondern Ausgrenzungserfahrungen ernst nehmen, Mitarbeitende für diskriminierende Routinen sensibilisieren und deutlich machen: Auch sie sind Teil unserer vielfältigen Gesellschaft.

ZUKUNFT ERMÖGLICHEN

Ukrainische Geflüchtete haben nicht nur ihr Zuhause, ihre sozialen Netzwerke und ihre Sicherheit verloren, sondern häufig auch Zukunftsperspektiven. Nach ihrem Ankommen in Deutschland wurden sie vielerorts durch Behörden, Zivilgesellschaft, private Hilfe und lokale Netzwerke unterstützt. Gleichzeitig haben viele Schwierigkeiten, sich ein neues Leben aufzubauen. Trotz hoher Qualifikationen gelingt der Einstieg in den deutschen Arbeitsmarkt oft nur eingeschränkt; viele können nicht an ihre Berufsbiografie anknüpfen. Sprachkurse, Weiterbildungen und berufliche Neuorientierungen eröffnen Chancen, sind jedoch häufig unzureichend und mit Unsicherheit verbunden.

Wer langfristig in Sprache, Bildung und Beruf investiert, braucht verlässliche Perspektiven. Politik und Verwaltung sollten deshalb über die kurzfristige Versorgung hinausdenken. Transparente Informationen, stabile Beratungsangebote, eine schnellere und leichtere Anerkennung von Qualifikationen sowie verlässliche Bleibeperspektiven sind zentrale Voraussetzungen für nachhaltige Integration und gesellschaftliche Teilhabe.

> „SOLIDARITÄT IST INFORMELL, WENIG SICHTBAR UND GESELLSCHAFTLICH FRAGIL.“

SOLIDARITÄT STÄRKEN

Trotz des Krieges und vielfacher Polarisierung gibt es in Deutschland Solidarität zwischen ukrainischen und russisch(sprachig)en Migrant:innen. Sie entsteht in Unterstützungsinitiativen, russischsprachigen Vereinen, Kirchengemeinden oder persönlichen Freundschaften. Meist bleibt sie jedoch informell, wenig sichtbar und damit fragil.

Für viele Ukrainer:innen ist Gemeinschaft mit russisch(sprachig)en Migrant:innen angesichts des Krieges mit großen Vorbehalten verbunden. Gemeinsame kulturelle oder zivilgesellschaftliche Initiativen stehen unter Druck und scheitern nicht selten an Ängsten, gegenseitigem Misstrauen oder der Sorge vor gesellschaftlicher Diskreditierung. Bestehende gruppenübergreifende Beziehungen und Netzwerke bleiben häufig im Privaten.

Um solche Beziehungen zu erhalten, braucht es geschützte Räume für Begegnung und Austausch, in denen Ambivalenzen, Verletzungen und unterschiedliche, oft tabuisierte Erfahrungen ausgesprochen werden können. Politik und Zivilgesellschaft sollten solche Kontakt- und Begegnungsräume nicht von oben

verordnen, sondern sie gemeinsam mit den Betroffenen entwickeln. Sie wissen am besten, welche Formate möglich und wünschenswert sind. Bestehende Initiativen gilt es sichtbar zu machen, zu vernetzen und langfristig zu unterstützen.

FRIEDLICHES ZUSAMMENLEBEN IST TROTZ ALLEM MÖGLICH

Friedliches Zusammenleben zwischen ukrainischen und russisch(sprachig)en Diasporagemeinschaften in Deutschland bleibt möglich. Es kann dort entstehen, wo Ausgrenzung abgebaut, Zukunftsperspektiven geschaffen und bestehende Solidaritätsnetzwerke gestärkt werden.

Politik kann Zusammenhalt nicht verordnen, aber die Voraussetzungen dafür schaffen: durch den Schutz vor Diskriminierung, verlässliche Perspektiven für Geflüchtete und die Förderung informeller Begegnungsräume. In Zeiten internationaler Konflikte und komplexer Krisen ist dies eine lohnende Investition in den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland.

ENDNOTES

1 Svop Jensen, Cæcilie/ Féron, Élise (Hrsg.) 2021: Diasporas and Conflict Transportation: Challenges and Creative Practices, Tampere: TAPRI.
2 Statistisches Bundesamt 2025: Statistischer Bericht. Mikrozensus – Bevölkerung nach Migrationshintergrund. Erstergebnisse 2024. EVAS-Nummer 12211, Wiesbaden: DStatis, 19.05. (korr. 22.05.).

ÜBER DIE AUTOR:INNEN

Christian Fröhlich ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH).
Regina Heller ist Wissenschaftliche Referentin am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH).

ÜBER DAS PROJEKT

Dieser Policy Brief entstand im Rahmen des Forschungsprojekts *„Räume des Friedens. Friedensideen in der russischen und ukrainischen Diaspora in Deutschland und ihr Potenzial für die Konflikttransformation“*, das von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) gefördert wird.

ÜBER DAS INSTITUT

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) erforscht die Bedingungen von Frieden und Sicherheit in Deutschland, Europa und darüber hinaus. Das IFSH forscht eigenständig und unabhängig. Es wird von der Freien und Hansestadt Hamburg finanziert.

Weitere Ergebnisse dieser Forschung präsentiert die digitale Ausstellung *„Räume des Friedens“*: www.raeume-des-friedens.de.

Gefördert durch: DSF Deutsche Stiftung Friedensforschung german foundation for peace research

Gefördert von: Hamburg | Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke

DOI: https://doi.org/10.25592/ifsh-policy-brief-0226

Copyright Cover Photo: dpa Picture Alliance / IPON | Stefan Boness Text License: Creative Commons CC-BY-ND (Attribution/NoDerivatives/4.0 International). CC BY-ND

IFSH – **Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik** an der Universität Hamburg
Beim Schlump 83 20144 Hamburg Germany Phone +49 40 866077-0 ifsh@ifsh.de www.ifsh.de